

Status der so genannten Ølhafenleute klären.

Der Beirat möge mit Nachdruck dafür sorgen, dass rechtlich einwandfreie Verhältnisse bezüglich der vertragslosen Inanspruchnahme einer Fläche am Hagenweg geschaffen werden.

Begründung:

Mittlerweile dauert die Besetzung des Geländes eine Beiratsperiode. Es gab zahllose „Runde Tische“, Duldungen etc.

Rein formaljuristisch liegt ganz klar Gesetzlosigkeit vor. Diese Tatsache und die Ungleichbehandlung gegenüber den Schrebergärtnern sind Grundlage für so manche Beschwerden, die den Unterzeichner im Laufe der Jahre erreichten.

Im Ergebnis wurde von den zuständigen Stellen immer wieder auf Zeit gespielt. Zeit wurde durch Arbeitskreise und „Runde Tische“ gewonnen. Menschen, welche bekannt dafür sind, kritische Fragen zu stellen, wurden mitunter ausgeschlossen. Wie z.B. Frau Häfker, der in der Vergangenheit übel mitgespielt wurde.

Wenn es politisch gewollt ist, möge man rechtlich einwandfreie Verhältnisse und Infrastruktur schaffen, so dass an besagter Stelle gewohnt werden kann, ohne Gleichheitsgrundsätze und andere Vorschriften zu verletzen.

Offensichtlich ist den Verantwortlichen klar, dass eine Legalisierung teuer ist, und dazu führen wird, dass bei den Schrebergärtnern Begehrlichkeiten entstehen.

Die Kosten, um die Situation zu befrieden wären enorm, und dem Steuerzahler nicht zu vermitteln. So lässt man, die aus ideologischen Gründen offenbar gewünschte Sache wohl so lange schleifen, bis eine Art „Gewohnheitsrecht“ eintritt, und sich die Menschen in der Tat an die Zustände gewöhnt haben. Beschwerden beim Ortsamt wurden unter Leugnung der Tatsachen barsch abgewiesen (siehe Beispiel, Anhang).

Es besteht Grund für die Annahme, dass eine Fachausschuss-Sitzung, wo das Thema angesprochen werden sollte, eben aus diesem Grund komplett abgesagt wurde.

Da zu befürchten steht, dass das Thema auch in der nächsten Quartiersausschuss-Sitzung nicht zum Zuge kommen wird, gibt es diesen Antrag.

Mögen die zuständigen Stellen die gesetzlichen Grundlagen zum Verbleib der Ølhafenleute schaffen, mit allen Konsequenzen bezüglich Kosten etc., oder dafür sorgen, dass der Zustand vor der vertragslosen Inanspruchnahme wieder hergestellt wird. Und das bitte zügig!

Auf Dauer machen sich die Verantwortlichen mit dem Herumgeeiere unglaubwürdig.

Bremen, den 12. April 2023

Im Auftrag

Gerald Höns

Anlage: (erschienen nach einer abgewiesenen Beschwerde eines Bürgers)

Grün ist der Text der Ortsamtsleiterin, wo u.a. auf die Sitzung des Fachausschusses Quartiersentwicklung verwiesen wird. Angekündigte Sitzungen wurden „mangels Themen“ oder aus „Termingründen“ einfach abgesagt. Es steht die Vermutung im Raum, dass die Sitzung einfach abgesagt wurde, weil den Vernehmten nach jemand unangenehmen Fragen aus dem Weg gehen wollte.

Unruhe im Schrebergartengebiet

Anfragen besorgter Kleingärtner werden von den gegenwärtigen Macht-habern in arroganter Weise abgetan, wie ein Beispiel aus dem OA-West zeigt. Dabei wurde ein Gebiet am Hagenweg in einer Art und Weise besetzt, wie es bei den linksradikalen Hausbesetzern üblich ist. Auch die Veröffentlichungen „der Menschen mit neuen Wohnformen“ (siehe Bilder) geben Raum für die Annahme, dass es sich wohl doch um Linksradikale handelt.

die Terminplanung der Fachausschusssitzungen des Beirates Walle unterliegt ausschließlich der Absprache zwischen Beirat und Ortsamt. Auskunft, was für den Ausfall einer Sitzung verantwortlich ist, muss Ihnen keineswegs dargelegt werden.

Wenn Sie Vorschläge für Themenbereiche haben, können Sie diese dem Ortsamt gerne mitteilen.

Übrigens: dass sich Linksradikale am Hagenweg niedergelassen haben ist mir nicht bekannt. Sollten Sie die Ölhafen-Initiative meinen, so gehe ich davon aus, dass es sich um eine Gruppe von jungen Menschen handelt, die neue Wohnformen für sich suchen. Wenn es dazu neue Entwicklungen gibt, so wird dieses Thema bei einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses Quartiersentwicklung aufgerufen.

